

GEORGIEN

Die Rosen sind verblüht

Devi Dumbadze

Der nach Massenprotesten verhängte Ausnahmezustand in Georgien wurde aufgehoben, doch die oppositionellen Medien bleiben geschlossen.

Wenn Levan Gatschetschiladse die Wahl gewinnen sollte, will er sich selbst entmachten. „Der Präsident Georgiens hat beispiellose Rechte, und diese Institution hat sich nicht bewährt“, sagte der unabhängige Abgeordnete, Kandidat eines Bündnisses oppositioneller Parteien für die Präsidentschaftswahl.

Gatschetschiladse hat an der eigenen Haut zu spüren bekommen, wozu die Vollmachten eines autoritär regierenden Präsidenten führen können. Am 7. November wurde er von der Polizei verprügelt. Mehrere tausend Polizeibeamte, ausgerüstet mit Gasmasken, Knüppeln und Gummigeschossgewehren, griffen an diesem Tag friedliche Demonstranten und Hungerstreikende, unter ihnen Gatschetschiladse, in der Hauptstadt Tbilissi an. Augenzeugenberichten zufolge verfolgten die Sondereinheiten die Demonstranten bis in entlegene Straßen der umliegenden Viertel, über 500 Verletzte wurden in die Krankenhäuser von Tbilissi eingeliefert. Anschließend verhängte die Regierung unter Präsident Michail Saakaschwili den Ausnahmezustand.

Zu den Protesten hatte ein aus zehn Oppositionsparteien bestehen-

des Bündnis aufgerufen. Am 2. November versammelten sich 50.000 bis 100.000 Protestierende vor dem Parlamentsgebäude, so viele wie seit der „Rosenrevolution“ im November 2003 nicht mehr. Damals gelang es einer Massenbewegung, Präsident Eduard Schewardnadse zum Rücktritt zu zwingen, sein Nachfolger wurde Saakaschwili.

An der Justizwillkür, der Beeinflussung der Gerichte durch die Staatsanwaltschaft und den miserablen Zuständen in den Gefängnissen hat sich nichts geändert.

Nun protestierte die Opposition erneut gegen Korruption, Machtmissbrauch und die autoritäre Regierung, die Demonstranten forderten, die für November 2008 geplanten Parlamentswahlen auf April vorzulegen und Saakaschwili abzulösen. Die Regierung wollte Parlaments- und die Präsidentschaftswahlen zugleich abhalten, in der Hoffnung, die Popularität des Präsidenten werde auch seiner Partei, der „Vereinten Nationalen Bewegung“, zum Erfolg verhelfen.

Mit einigem Erfolg haben Saakaschwili und seine Verbündeten in Georgien eine nationalistische Ideologie verbreitet, die jegliche Opposition als „unrein“ diffamiert und ihr eine Steuerung durch Russland unterstellt. Man könne nicht zulassen, dass Tbilissi wieder zu einer Stadt voller Zelte, brennender Autoreifen und Dreck werde, rechtfertigte Bürgermeister Gigi Ugulawa das Vorgehen der Polizei am 7. November: „Wir werden unsere Stadt für immer sauber halten.“

Saakaschwili tritt in den Medien nur im Zusammenhang mit Begriffen wie „Aufbruch“ und „Erneuerung“, neuerdings auch „kämpferischem Mut“ in Erscheinung, als Erbauer einer Nation, die sich von ihrer „schmutzigen Vergangenheit“ löst. Vor einigen Monaten rief der Präsident öffentliche Empörung hervor, weil er die ältere Generation der Georgier als tscharezchilebi („mit Abwasser abgespült“) bezeichnet hatte.

Von Erneuerung und Aufbau spüren die Georgier indes wenig. An der Justizwillkür, der Beeinflussung der Gerichte durch die Staatsanwaltschaft und den miserablen Zuständen in den Gefängnissen hat sich nichts geändert. Die Gesundheitsversorgung ist marode, das Bildungssystem verfällt, die Arbeitslosigkeit ist weiterhin hoch. So gewannen Oppositionelle an Einfluss, trotz ihrer Diffamierung als „Verräter und Feinde der Nation“ und trotz der

Missachtung rechtsstaatlicher Normen durch die Regierung.

Saakaschwili sprach von „dunklen Kräften“, die sich vom anti-georgischen Komplott der russischen Sicherheitsdienste und mit ihnen kooperierender Oppositionsparteien

Nächste Woche

Der Bokassa von Venezuela?

Am 2. Dezember wird in Venezuela über eine neue Verfassung abgestimmt. Während die einen mit ihr den sozialen Fortschritt gewahrt sehen, warnen andere vor dem Niedergang der Demokratie. Ob die allerdings allein durch eine unbegrenzt mögliche Wiederwahl des Staatspräsidenten gefährdet ist, bleibt fraglich. Schließlich gilt dies auch für das Amt des luxemburgischen Premierministers. Auf die Fülle der Vollmachten kommt es an. Wir werfen einen Blick hinter die Kulissen des Referendums.